

# „Sie zeigen Gesicht, Sie machen da nicht schweigend mit!“

Mit bunter Vielfalt wurde jetzt in Kirchheim ein Bürgerfest gegen braune Einfalt gefeiert

Kirchheim ist bunt!“, das Ausrufezeichen kann nach diesem Wochenende getrost gesetzt werden, auch wenn man sich vielleicht noch mehr Dorfbewohner zum Volksfest gegen den braunen Ungeist am Sportplatz gewünscht hätte. Aber was das örtliche Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus am 14. Mai auf die Beine gestellt hat, ist aller Ehren und Achtung wert.

Sie wollten einmal nicht gegen Nazi-Veranstaltungen, wie sie seit 2008 regelmäßig in der „Erlebnisscheune“ des „Romantischen Fachwerkhofes“ stattfinden, protestieren. Diesmal wurde mit einem eigenen Fest, mit Sport und Kultur, Konzerten und Kinderspaß, mit Polit-Talk, Ausstellungen und Infoständen bunte Vielfalt zelebriert.

Eine eindrucksvolle Demonstration der besonderen Art, dabei auch all jene, die dem Bündnis immer wieder zur Seite stehen, darunter LINKE, wie Bodo Ramelow, Martina Renner, Sabine Berninger und Frank Kuschel aus dem Landtag (s. Foto), oder Jens Petermann, der Arnstädter Bundestagsabgeordnete der LINKEN.

Bei einer hochspannenden Diskussionsrunde auf dem Podium im Festzelt, durch die sehr engagiert die Deutschlandradio-Kultur-Korrespondentin Blanka Weber führte, wurde das Kirchheimer Bürgerengagement einmal mehr gewürdigt. Diana Hennig vom örtlichen Bündnis hatte berichtet, wie es ist, im dörflichen Umfeld, wo man sich kennt, zu agieren, Flyer zu verteilen und zu versuchen, die Leute immer wieder wachzurütteln. Bodo Ramelow, der es aus eigenem Erleben kennt, betonte anerkennend: „Sie zeigen Gesicht, Sie machen da

nicht schweigend mit, Sie tolerieren das nicht.“ Neben ihm der Oberkirchenrat a. D. Peter Zimmermann: „Das Besondere an Kirchheim, dass Sie diesen Punkt des Schweigens überwunden haben.“ Wie wichtig und notwendig das sei, zeigten auch die Erhebungen, wonach inzwischen 28 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer Menschen in Wertvolle und Wertlose unterteilen.

Madeleine Henfling, Landessprecherin von Bündnis90/Die Grünen, verwies auf Regionen, wie im



Wartburgkreis, wo die NPD in den Kommunalparlamenten sitzt, und warnte auch mit Blick auf die nächsten Kommunal- und Landtagswahlen, dass es Tendenzen gebe, die NPD als eine normale Partei wahrzunehmen.

Auch wenn dies nicht immer so gesehen werde, „die Polizei zeigt Flagge gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit“, betonte unter besonders starkem Beifall der

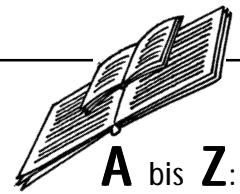
Leiter der Polizeidirektion Gotha, Michael Menzel. Sie versuchten im Vorfeld der Demonstrationen gegen Nazi-Veranstaltungen Kooperationsgespräche zu führen, um Sicherheit zu gewährleisten.

## **Bodo Ramelow: Für eine antifaschistische Klausel**

Gäbe es eine antifaschistische Klausel im Grundgesetz und in der Landesverfassung, wofür sich die LINKE einsetzt, dann, so Bodo Ramelow, würde es zu manch abstru-

ser Situation nicht kommen. Zum Beispiel, dass der Vorstand der Saale-Orla-Sparkasse verklagt wird, weil es der NPD verwehrt wurde, ihr ein Konto einzurichten. Oder, dass er sich dagegen wehren muss, als Rädelsführer bei den Protesten gegen den Naziaufmarsch zum 13. Februar 2010 in Dresden angeklagt zu werden.

A. Rudolph



## **Kommunaler Finanzausgleich**

Der Kommunale Finanzausgleich (KFA) ist eine wichtige Säule zur finanziellen Ausstattung der Gemeinden, Städte und Landkreise. Die Kommunen haben einen in der Verfassung verankerten Anspruch auf die Zuweisungen des Landes. Der Umfang des KFA ist jedes Jahr neu zu beschließen und von hoher politischer Brisanz für Kommunen und Land.

Der Kommunale Finanzausgleich ist ein komplexes Gefüge, das nicht leicht zu durchschauen ist. Eine wesentliche Größe stellen dabei die Schlüsselzuweisungen an die Kommunen dar. Weil die Berechnung der Schlüsselzuweisungen kompliziert ist und ehrenamtliche KommunalpolitikerInnen oftmals nicht die Berechnungen der Kommunalverwaltungen nachprüfen können, hat die Linksfraktion eine einfache aber aussagekräftige Rechenmatrix erstellt. Für alle 951 Thüringer Gemeinden ist es nun möglich, eigene Berechnungen anzustellen. Selbstverständlich kann damit auch ermittelt werden, wie sich mögliche Änderungen der gemeindlichen Hebesätze auf die Schlüsselzuweisungen auswirken könnten.

Für weitere Informationen zum Thema oder Informations- und Diskussionsveranstaltungen mit Vertretern der Linksfraktion stehen Frank Kuschel (Mitglied des Thüringer Landtages) oder Sascha Bilay (Wissenschaftlicher Mitarbeiter) zur Verfügung.

## **Wichtige Termine**

### **Landtagssitzungen:**

Die nächsten Sitzungen des Thüringer Landtags finden in der Zeit vom 15. bis 19. Juni statt.

### **Energiekonferenz:**

Die Energiekonferenz der Linksfraktion, auf der sie ihr energiepolitisches Konzept darstellen wird, findet am Samstag, den 18. Juni, ab 10 Uhr, im Atrium der Stadtwerke Erfurt statt.

### **Internet:**

Täglich aktuelle Informationen über die Arbeit der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE sowie ihre parlamentarischen Initiativen sind im Internet abrufbar unter:

[www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

## **Rasseliste**

Nachdem ein alternativer Gesetzentwurf von CDU und SPD zum Gesetzentwurf der Landesregierung zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tieren dem Innenausschuss erst kurzfristig vorgelegt wurde und die Opposition keine Zeit hatte, Fragen zu klären, protestierte MdL Sabine Berninger: „Die Koalition hält an der Rasseliste fest und lässt damit nicht nur die im Februar durchgeführte Anhörung, bei der sich die Experten dagegen ausgesprochen hatten, zur Farce verkommen, sondern missachtet eine angemessene weitere Anhörung der im Fachausschuss vorliegenden Änderungsvorschläge, darunter auch einen Gesetzentwurf der LINKEN.“ Die sei „zum Schutz der Bevölkerung untauglich“.

## **Numerus Clausus**

„Das Problem sind nicht die vielen Studierenden, sondern es ist der Geldmangel der Hochschulen“, so die Kritik von MdL Susanne Hennig zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Einschränkung des Hochschulzugangs in Thüringen. „Studiengänge über einen Numerus Clausus attraktiv zu machen und einer damit einhergehenden Profilneurose aufzusitzen, ist kontraproduktiv für die Entwicklung des geistigen Potenzials des Freistaates.“ Im Bildungsausschuss habe die LINKE den Gesetzentwurf der Landesregierung ohne Änderungsanträge rundweg abgelehnt, und dies u.a. deshalb, weil er den Hochschulen ermöglicht, einen NC für Masterstudiengänge einzuführen.

## **Kika-Affäre**

Die Linksfraktion hat den Revisionsbericht zur Kika-Affäre auf ihre Internetseite [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de) gestellt, denn „in diesem größten Veruntreuungsskandal in der Geschichte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hat die Öffentlichkeit ein Recht auf Information“, erklärte MdL André Blechschmidt. „Dabei ist nicht nur von Bedeutung, wie es zur Schadenssumme von über acht Millionen Euro kommen konnte und wie zukünftig Kontrollmechanismen Veruntreuungen wirksam verhindern können, sondern auch, wo die jeweiligen Verantwortlichkeiten gelegen haben und welche Konsequenzen gezogen wurden.“ Der Bericht offenbare ein schweres Versagen der Kontrollinstanzen.